

Beratungsfolge	Sitzung am	Status	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	26.02.2024	öffentlich	Kenntnisnahme

Kreisweite Jugendbeteiligung

I. Beschlussantrag

Kenntnisnahme.

II. Sach- und Rechtslage, Begründung

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2024 stellte die Kreistagsfraktion der CDU folgenden Antrag (Ifd. Nr. 16):

„In Anknüpfung an den Jugendaktionstag beantragen wir einen Jugenddialog, um mit Jugendlichen über ihre Bedürfnisse, Vorstellungen und Anliegen zu reden. In Ergänzung dazu beantragen wir, die Einführung eines Jugendkreistags zu beschließen.“

Wie bereits in der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und Sozialausschusses am 11.10.2022 (BU 2022/154) berichtet wurde, gibt es einzelne Ansätze, um mit Jugendlichen direkt über die Kreispolitik des Landkreises ins Gespräch zu kommen. Die Erfahrung zeigt hier, dass die Themen der Landkreisverwaltung und die Kreispolitik zum großen Teil weit entfernt von der Lebenswelt junger Menschen sind und die Motivation zur Beteiligung deshalb schwieriger und deutlich ressourcenintensiver ist.

Trotz dieser, in der entsprechenden Beratungsunterlage (BU 2022/154), benannten Schwierigkeiten, wurden hier im Landkreis verschiedene Bemühungen unternommen, Jugendliche für die Kreispolitik zu interessieren.

Dazu gehören zum einen der Jugendgipfel und zum anderen die Angebote rund um das Jugendforum „41“ finanziert über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Der Jugendgipfel konnte wie geplant am 21.11.2023 stattfinden. Einen mündlichen Bericht dazu erhielt der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 07.12.2023.

Ebenso wie bei dem, von der CDU-Fraktion benannten, „Jugendaktionstag“ (über das Verbandsfest am 16.07.2022 auf dem Göppinger Marktplatz wurde ebenfalls am 11.10.2022 berichtet) war es jedoch nur begrenzt möglich mit den zuständigen Beauftragten für Jugendbeteiligung aus den Kommunen und den Hauptamtlichen in

den Jugendverbänden aufgrund der dort gebundenen Ressourcen einen weiteren Aktionstag zu planen. Hieran hat sich, wie es schon in der o. g. BU beschrieben ist, nichts geändert.

Der Jugendgipfel am 21.11.2023 war bezogen auf die vorhandenen Personalressourcen im Landratsamt und auch auf die Ressourcen in den mitwirkenden Kooperationspartnern aus den Kommunen sehr aufwändig. Dieser Tag konnte nur als einmaliges Projekt bewältigt werden.

Aus drei Kommunen kam zudem frühzeitig die Rückmeldung, dass für eine kreisweite Jugendbeteiligung generell keine Personalressourcen von den kommunalen Beauftragten für Jugendbeteiligung abgezogen werden kann. Dies wäre aber vor dem Hintergrund von Bedeutung, dass eine Verbindung zu den Kommunen notwendig ist, um überhaupt Zugang zu jungen Menschen zu erhalten.

Jugendbeteiligung verlangt ein hohes Maß an fachlicher Begleitung und ein möglichst flexibles finanzielles Budget. Dies kann im Landkreis momentan ausschließlich über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gewährleistet werden.

Mit einer Information wie und ob das Bundesprogramm nach 2024 weiterläuft, ist Ende März 2024 zu rechnen. Eine Fortsetzung im Landkreis Göppingen muss dann im Anschluss entsprechend beraten und beschlossen werden.

Um eine dauerhafte kreisweite Jugendbeteiligung aufzubauen ist das befristete Bundesprogramm zwar hilfreich, aber höchstens flankierend einzusetzen. Zudem müsste eine Begleitung eines Jugendkreistages im Landratsamt (Geschäftsstelle des Kreistages und Kreisjugendamt zu gleichen Teilen) angesiedelt werden.

Fachinformationen zum Hintergrund

Situation in Baden-Württemberg

Wie bereits in der Beratungsunterlage zum Jugendhilfeausschuss am 25.09.2023 (BU 2023/157) ausformuliert wird im Moment in acht Pilotlandkreisen im Land Baden-Württemberg eine kreisweite Jugendbeteiligung erprobt. Dies geschieht mit der Begleitung des Institutes für angewandte Sozialwissenschaften Stuttgart, gefördert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg. Notwendig wurde es, da eine Übertragung des Konzeptes von Jugendgemeinderäten, Achterräten oder Jugendforen auf Kreisebene als wenig sinnvoll gilt und es deshalb ganz eigenen Konzepte benötigt. Die Landeskreisordnung sieht im Gegensatz zur Gemeindeordnung (Paragraf 41a), keine Kinder- und Jugendbeteiligung im engeren Sinn vor.

Parallel dazu hat der Dachverband der Jugendgemeinderäte ein Projekt mit dem Titel „Beteiligung wo wir zuhause sind“ gestartet.

In Kooperation mit dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sollen Kreisjugendräte, vorerst nur in drei unterschiedlichen Modelllandkreisen, etabliert werden.

Eine Auswertung der Ergebnisse wird vom zuständigen Fachamt mit großem Interesse erwartet. Damit ist aber für den o. g. Modellversuch des Ministeriums für ländlichen Raum nicht vor Sommer 2025, für den Modellversuch des Ministeriums

für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg nicht vor Sommer 2024 zu rechnen.

Situation in anderen Landkreisen in Baden-Württemberg.

Der einzige Landkreis, in dem ein Kreisjugendrat fest installiert ist (Bodenseekreis), verfügt für diese Aufgabe 1,5 VZÄ sowie ein jährliches Budget von insgesamt 32.000 €. Der Bodenseekreis nimmt an dem Projekt des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg teil.

Einzelne Landkreise sind auf dem Weg eine kreisweite Jugendbeteiligung aufzubauen, hierfür werden aber erst die Ergebnisse der Projekte abgewartet und die hierfür notwendigen Stellen geschaffen.

In der Mehrheit der Landkreise gibt es keine verstetigte Jugendbeteiligung, Gründe hierfür sind:

- Landkreis zu groß und zu heterogen
- Keine Ressourcen (beantragte Stellen wurden abgelehnt)
- Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene wird als wichtiger angesehen
- § 41a GemO bezieht sich nicht auf die Landkreise

Situation im Landkreis Göppingen

Im Landkreis Göppingen soll zur Beteiligung von jungen Menschen auf Landkreisebene das, über das (bis Ende 2024) laufende Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ finanzierte, Jugendforum „41“ (bisher „Jugend²“, siehe dazu BU 2020/068) zentrales Werkzeug sein.

Um die Kommunen im Landkreis Göppingen beim Aufbau einer gelingenden Jugendbeteiligung zu unterstützen, wurde das Planungskonzept „JAMP - Jugendarbeit mit Profil“ aus dem Projektstatus in ein dauerhaftes Angebot überführt (BU 2019/057). „JAMP“ versteht sich als Dienstleistungsangebot für alle Kommunen im Landkreis Göppingen. Das Kreisjugendamt stellt in Kooperation mit dem Kreisjugendring Göppingen e. V. Fachpersonal zur Verfügung, welches die Kommune dabei anleitet und unterstützt. Jugendbeteiligung und Jugendarbeit soll tragfähig und dauerhaft in die Kommunalstruktur eingebunden werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung begrüßt grundsätzlich das Ansinnen der CDU-Kreistagsfraktion Jugendliche an kommunalpolitischen Entscheidungen möglichst dauerhaft zu beteiligen.

Das Fachamt ist der Meinung, dass derzeit eine kreisweite Jugendbeteiligung über das Jugendforum Jugend „41“ realisiert wird. Wie bereits ausgeführt, erfolgt die Finanzierung von Personalressourcen und Projektgeldern über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Wichtige Schnittstellen sind auch dort die Kreis- und Kommunalpolitik sowie die Landkreisverwaltung, um in den Dialog mit jungen Menschen zu kommen und Ergebnisse in die Umsetzung zu bringen. Hier wird den Kreistagsfraktionen empfohlen, junge Menschen aus dem Landkreis auch über das Jugendforum „41“ stärker in ihre politische Arbeit einzubinden.

Die notwendige Klärung, wie die Fortführung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ generell, und im Landkreis Göppingen speziell aussehen kann, muss abgewartet werden; dies ist für das dritte Quartal 2024 vorgesehen.

Ergänzend wird festgestellt, dass es sich bei der Einführung eines Jugendkreistages

um eine Freiwilligkeitsleistung handeln würde, die nicht im Einklang mit dem Finanzkonzept 2030+ steht. Die Höhe der Kosten als auch der benötigten Personalressourcen könnte erst nach der Auswertung o. g. laufender Projekte im Rahmen einer Konzeptentwicklung eruiert werden.

Es bleibt abzuwarten, welche Ergebnisse in den landesweiten Modellprojekten erzielt werden. Die Verwaltung schlägt vor, diese dann in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Landkreisverwaltung, der kommunalen Jugendarbeit sowie der Kreispolitik zu analysieren und zu diskutieren, um eine Handlungsempfehlung für den Landkreis Göppingen zu erarbeiten.

Aufgrund der bisherigen Maßnahmen zur Beteiligung von Jugendlichen auf kommunaler und verbandlicher Ebene empfiehlt die Verwaltung derzeit nicht die Einführung eines Jugendkreistages entsprechend des Antrages der CDU-Kreistagsfraktion.

III. Handlungsalternative

1. Einführung eines Jugendkreistages ohne finanzielles Budget und ohne zusätzliche Personalressourcen beim Kreisjugendamt: Diese Alternative kommt für das Fachamt derzeit nicht in Frage, da insbesondere beim Koordinator für offene und mobile Jugendarbeit Aufgaben in der Fachberatung oder bei der Umsetzung von JAMP ersatzlos dauerhaft wegfallen würden.

IV. Finanzielle Auswirkungen / Folgekosten

Keine.

V. Zukunftsleitbild/Verwaltungsleitbild - Von den genannten Zielen sind berührt:

Zukunfts- und Verwaltungsleitbild	Übereinstimmung/Konflikt				
	1 = Übereinstimmung, 5 = keine Übereinstimmung				
	1	2	3	4	5
Zukunft des sozialen Zusammenlebens	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zukunft der Jugend	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Außenwirkung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Identifikation	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

gez.
Edgar Wolff
Landrat